

Der US-Soldat André L. Shepherd, der politisches Asyl in der Bundesrepublik beantragt hat, wird am 4. Februar in Karlsruhe erstmals angehört.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 025/09 – 28.01.09**

Anhörung für den GI angesetzt, der politisches Asyl beantragt hat

Von Kevin Dougherty

STARS AND STRIPES, 20.01.09

(<http://www.stripes.com/article.asp?section=104&article=60121>)

Fast zwei Monate, nachdem er bei der deutschen Regierung politisches Asyl beantragt hat, wurde ein US-Soldat in dieser Woche informiert, dass seine erste formelle Anhörung durch einen Vertreter des Bundesamtes für Migration Anfang nächsten Monats stattfinden wird.

Der Army Spc. (Army-Soldat) André L. Shepherd erhält dabei Gelegenheit, einem Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu erklären, warum er Asyl will. Shepherds Anwalt, Reinhard Marx, teilte mit, dass die Anhörung am 4. Februar in Karlsruhe stattfindet. Sie ist nicht öffentlich.

"Das ist eine wichtige Phase in dem ganzen Verfahren," sagte Marx. "Er wird dabei die Chance haben, seine Beweggründe für den Asylantrag darzulegen."

Shepherd diente als Hubschrauber-Mechaniker im 412th Aviation Support Battalion (im 412. Heeresflieger-Unterstützungs-Bataillon), das in Katterbach, Deutschland, beheimatet ist; er reichte seinen Antrag am 26. November letzten Jahres ein und gab seinen Entschluss am darauf folgenden Tag öffentlich bekannt.

In seinem Antrag beruft sich Shepherd auf eine Direktive der Europäischen Union zur Anerkennung von Asylanten. Sie legt für alle Mitgliedsstaaten fest, dass Militärdienst leistende Bewerber/innen als Asylanten anerkannt werden müssen, wenn von ihnen verlangt wird, Verbrechen zu begehen.

Shepherd beruft sich in seinem Antrag auch auf Elemente der Genfer Konventionen und auf Rechtsgrundsätze, die während der Nürnberger Prozesse (gegen führende Nazis) in den Jahren 1945-49 aufgestellt wurden.

Der 30-Jährige aus Ohio hat den Krieg im Irak als illegal angeprangert und geäußert, dass er nicht länger als "Werkzeug der Zerstörung" missbraucht werden wolle. Er beschuldigte die Bush-Administration, die US-Soldaten angelogen zu haben, und teilte mit, er habe keine Probleme mit dem Militär, sondern nur mit Washington.

Shepherd war vom September 2004 bis Februar 2005 im Irak eingesetzt. Als seine Einheit Mitte 2007 wieder in den Irak verlegt werden sollte, desertierte er und tauchte in Bayern unter. Erst im letzten Herbst kehrte er in seine Garnison zurück.

Die Army hat sich bisher nicht zum Fall Shepherd geäußert, sie hat ihn nur wie alle anderen Deserteure aufgefordert, sich freiwillig zu stellen.

Shepherd hat sich – übrigens als erster US-Soldat in Deutschland – zu dem außergewöhnlichen Schritt eines Asylantrags entschlossen, weil er eine Gefängnisstrafe und das Stigma einer Verurteilung durch ein US-Bundesgericht vermeiden wollte. Seit Einreichung seines Antrags hält sich Shepherd in einem Asylantenheim in Karlsruhe auf.

Wie das US-Militär haben sich auch offizielle deutsche Stellen bisher kaum öffentlich zu dem Fall geäußert. Ein Sprecher des deutschen Innenministeriums, zu dem das Amt für Migration und Flüchtlinge gehört, wollte noch nicht einmal bestätigen, dass im Februar eine Anhörung stattfindet.

"Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Anhörung noch nicht stattgefunden hat," sagte der Ministeriums-Sprecher Christoph Hübner am Freitag.

Hübner teilte außerdem mit, dass in vielen Asylverfahren eine Entscheidung erst etwa sechs Monate nach Einreichen des Antrags fällt. Dafür sei das Bundesamt in Nürnberg zuständig.

Die Anhörung im Februar dürfte zwei bis drei Stunden dauern, meinte Shepherds Anwalt Marx. Daran teilnehmen werden Shepherd, Marx, der anhörende Beamte und ein von der Regierung bestellter Dolmetscher. Shepherd könne auf eigene Kosten auch selbst einen Übersetzer mitbringen, sagte Hübner.

Wegen der weitreichenden juristischen Bedeutung des Falles – der Auswirkungen auf die engen Verbündeten USA und Deutschland haben wird – vermutet Marx, dass nicht das Bundesamt, sondern ein höherer Beamter im Innenministerium in Berlin über den Asylantrag entscheiden wird.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Weitere Informationen über André L. Shepherd, über seine Motivation für den Asylantrag und Erläuterungen zu den juristischen Auswirkungen dieses äußerst brisanten Falles sind nachzulesen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP24008_041208.pdf .

Am 14. März 2009 ist in Freiburg eine Veranstaltung mit US-Deserteuren und Kriegsteilnehmern geplant, bei der nach Möglichkeit auch André L. Shepherd auftreten soll. Unter <http://www.nadeshda.org/foren/cl.politik.frieden/p3304s3307a20.htm> finden Sie weitere Angaben über die vorgesehenen Teilnehmer/innen und Hinweise, wie diese mutigen jungen Frauen und Männer unterstützt werden können.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern